

"Hunger ist Mord" - Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik?

Rauch, Theo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rauch, T. (2018). "Hunger ist Mord" - Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik? *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 38(147), 75-85. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-77463-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Theo Rauch

„Hunger ist Mord“ – Populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik?

Einleitung

„*Hunger, meine Damen und Herren, Hunger ist Mord!*“. Diese deutliche Aussage entsprang nicht etwa dem Mund eines Menschenrechtsaktivisten einer linken NGO. Sie kam vom deutschen Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Geäußert vor internationalen Gästen im Rahmen der Eröffnungsrede der „Rural Future“-Konferenz am 27.4.2017. Langer Beifall nach diesem Satz. Ein Minister der Bundesregierung, der solch deutliche Worte wagt – das hätte man nicht erwartet. „Der hat das Herz am rechten Fleck!“ hörte ich eine progressiv einzuschätzende Kollegin in der Pause urteilen. „Klingt aber etwas linkspopulistisch“ hielt jemand dagegen. „Naja, ich sehe darin eher eine dramatisierende Zuspitzung, die uns betroffen machen und an unsere Verantwortung erinnern soll“ entgegnete ein Kollege.

Gibt es Populismus also auch auf dem Feld der Entwicklungspolitik? Derart zugespitzte, emotionalisierende Thesen sind weit verbreitet auf diesem Politikfeld. Aber handelt es sich dabei stets um Populismus? Und wenn ja, muss man das als problematisch bewerten? Und steht das in einem Zusammenhang mit der derzeit beobachtbaren weltweiten Renaissance des Populismus, welche in diesem Heft thematisiert wird? Diese Fragen sollen hier geprüft werden. Das geht aber nicht, ohne kurz auf die kontroverse Definitionsdebatte um den Populismusbegriff einzugehen.

In Anlehnung an die Begriffsklärung im Editorial wird in diesem Beitrag Populismus verstanden als Politik einer speziellen Verknüpfung von politischen Inhalten mit bestimmten Kommunikationsformen, charakterisiert durch

- dichotomisierende, an Gemeinschaftsgefühle appellierende, gegen „*die Andern*“ gerichtete und tendenziell antipluralistische, aber nicht eindeutig ideologisch verankerte politische Botschaften;

– verbunden mit emotionalisierenden, bewusst parteiischen, krass vereinfachenden, verbreitete Befindlichkeiten aufgreifenden und an niedere Instinkte appellierende Kommunikationsformen (Stegemann 2017).

Im Unterschied zu einer lediglich populären Form zuspitzender politischer Argumentation, wie sie Politiker jeglicher Couleur benutzen, ist Populismus demnach anti-aufklärerisch, anti-humanistisch und anti-pluralistisch und folglich tendenziell demokratiefeindlich. Entsprechend diesem Begriffsverständnis gibt es also keinen „demokratischen Populismus“ (Prantl 2017). Im Unterschied zu ideologisch vorgeprägten politischen Strömungen wie Nationalismus oder Sozialismus ist Populismus inhaltlich beliebiger. Mal werden andere Ethnien, mal Religionsgemeinschaften, mal „die Eliten“ zu Feindbildern aufgebaut. Populismus hat zwar Schnittmengen mit politischem Extremismus, ist aber nicht damit gleichzusetzen. Rechte wie linke Extremisten bedienen sich populistischer Strategien. So, wie Populisten sich wahlweise nationalistischer oder sozialistischer Argumentationsmuster bedienen. Dennoch passen Populisten wie Trump nicht einfach in die Rechtsextremismus-Schublade.

Die aktuelle weltweite Hochkonjunktur des Populismus und deren Triebkräfte

Seit etwa einem Jahrzehnt finden populistische Strömungen zunehmende Unterstützung, z.T. sogar Mehrheiten, in Nord und Süd. Prominente Beispiele in den Ländern des Globalen Südens sind der Hindu-Nationalismus von Modi in Indien, der rassistisch angehauchte Populismus Zumas in Südafrika, der brutale Law-and-Order Populismus von Duterte auf den Philippinen und linkspopulistische anti-imperialistische und anti-elitäre Regierungen in Südamerika nach der Jahrhundertwende. Wie ist dieser nahezu zeitgleiche Siegeszug populistischer Strömungen in Gesellschaften mit solch unterschiedlichem Wohlstandsniveau und historischem Hintergrund zu erklären? Es gibt zwei verbreitete Antworten auf diese Frage:

1. Neoliberale Globalisierung: Die Zunahme des Populismus geht zeitlich einher mit der weltweiten Durchsetzung einer marktradikalen Globalisierung und deren exkludierenden, verunsichernden und kulturell entfremdenden Wirkungen. Als offen gegenüber populistischen Strömungen erweisen sich dabei nicht allein Unterschichten und ökonomische Globalisierungsverlierer, sondern auch die durch Arbeitsmarktderegulierung, Finanzkrisen, Einwanderung und Verlust staatlicher Steuerungsmacht verunsicherten proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten.

2. Das „Kulturkampf“-Argument: Der Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftspolitik ging – zumindest in den Wohlstandsgesellschaften des Nordens – einher mit einer Abwendung (links-)liberaler, meist akademisch gebildeter, sich als progressiv verstehender Eliten von den sozialen Belangen der arbeitenden Schichten, verbunden mit einer Hinwendung zu einem liberal-individualistischen Fortschrittsverständnis, diskriminierten Minderheiten und Themen wie Gender-, Flüchtlings- oder Umweltpolitik. Diese Reorientierung linksliberaler Eliten ist weitgehend mit der neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft vereinbar (Fraser's „progressiver Neoliberalismus“, 2017). Sie führt aber zu einer Entfremdung (einst) linker Eliten von ihrer (einst so wahrgenommenen) „linken Basis“ des Arbeiter- und Angestelltenmilieus (Eribon 2016). Der europäische und nordamerikanische Rechtspopulismus spricht u.a. diese von linker Politik allein gelassenen Milieus an. Resultat ist eine Verschiebung der Bündiskonstellation: Wo sich einst Links (Arbeiter plus Linksliberale) und Rechts (Strukturkonservative plus Wirtschaftsliberale) gegenüberstanden, da stehen sich nun Oben (wirtschafts- plus linksliberale Eliten) und Unten (strukturkonservative Milieus plus Arbeiter) gegenüber (Stegemann 2017).¹

Die beiden Erklärungsansätze sind komplementärer Natur. Nur in ihrer Verknüpfung können sie den aktuellen Vormarsch des Rechtspopulismus in den Wohlstandsökonomien des Globalen Nordens empirisch anhand der Herkunftsregionen, -parteien und -schichten populistischer Wähler erklären. In diesen Vormarsch reihen sich sowohl von der Liberalisierung konservativer Eliten frustrierte nationalkonservative Milieus (Tea-Party in USA, Teile der CSU-Klientel hierzulande) als auch sich von ökonomischer und kultureller Globalisierung und Exklusion bedroht fühlende Arbeiter- und Angestelltenschichten (Rust-Belt in USA, ehemalige Linke-Wähler in Sachsen) ein. Es geht also sowohl um ökonomische als auch um kulturelle Ausgrenzung bzw. Verunsicherung.

Populistische Tendenzen in entwicklungspolitischen Diskursen

Das Verständnis dieser Zusammenhänge ist wichtig, wenn wir uns auf das Feld der Entwicklungspolitik begeben. Auch auf diesem Feld geht es um den Umgang mit den sozialen und kulturellen Folgen neoliberaler Globalisierung. Dabei sind zwei politische Felder zu unterscheiden: Der Kampf um politische Macht in den

¹ Das Scheitern der „Jamaika“-Koalition in Deutschland und die Friktionen innerhalb von CDU/CSU weisen darauf hin, dass diese Verschiebung der Bündiskonstellationen kein reibungsloser widerspruchsfreier Prozess ist.

Ländern des Globalen Südens und der Kampf um Unterstützung und Diskurs-hoheit im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ):

- In den Ländern des Südens geht es um politischen Machterhalt unter dem Vorzeichen einer Reduktion nationaler wirtschaftspolitischer Gestaltungsmacht bei zunehmender sozialer Exklusion durch neoliberale Globalisierung.
- Auf dem Feld der EZ geht es erstens um Mobilisierung von Ressourcen für dieses Politik- und Geschäftsfeld, zweitens um wirtschaftliche und geopolitische Eigeninteressen am Geschäftsfeld EZ und drittens um einen Kampf der verschiedenen Schulen (Fachrichtungen und Ideologien) um die richtige Form der EZ.

Inwieweit, so lautet die Fragestellung dieses Kapitels, bedienen sich die Akteure in diesen Kämpfen populistischer Mittel, zu welchem Zweck und mit welchen Konsequenzen für das Politikfeld? Zuerst soll das Feld der Politiken in den Ländern des Südens beleuchtet werden, danach das Feld der internationalen EZ.

Populistische Reaktionen auf neoliberale Globalisierung in den Ländern des Globalen Südens

So unterschiedliche Länder wie Brasilien, Bolivien, Venezuela, Südafrika, Indien und Philippinen standen seit der neoliberalen Wende zu Beginn der 1990er Jahre der gleichen Herausforderung einer Globalisierung der Märkte gegenüber: Um weiterhin ihre Rohstoffe absetzen zu können und Zugang zu den Märkten der reichen Industrieländer zu erhalten, waren sie gezwungen, der Welthandelsorganisation WTO beizutreten und ihre Binnenmärkte zu öffnen. Dies resultierte zwar – zumindest in Phasen steigender Rohstoffpreise – in hohen Wachstumsraten. Dieses Wachstum führte aber nur zu geringen oder negativen Beschäftigungseffekten, war also mit steigender Arbeitslosigkeit und Verschärfung sozialer Gegensätze verbunden. Der daraus resultierenden Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsschichten begegneten die Regierungen und deren charismatische Führer (wie Lula, Morales, Chavez, Zuma, Modi, Duterte) zum einen mit einer die nationale, ethnische, religiöse, anti-imperialistische (anti-westliche) oder auch Klassen-Identität stärkenden Rhetorik, mit der die Schuld an der Misere der angesprochenen Schichten nach Außen verlagert wurde, zum andern mit einer kompensatorischen Sozialpolitik (Plagemann & Ufen 2017). Da den Regierenden – zumindest im privatwirtschaftlichen Sektor – bei der Schaffung von Arbeitsplätzen die Hände gebunden waren, versuchten sie, sich durch Sozialhilfeprogramme, öffentliche Beschäftigungsprogramme, sozialen Wohnungsbau und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Armenvierteln die nötige Legiti-

mation zu verschaffen. Neoliberale Wirtschaftspolitik ging somit einher mit linker Sozialpolitik. Gleichzeitig wurde die Unzufriedenheit über die soziale Schieflage und die kulturell irritierenden Folgen einer Modernisierung ohne breite Teilhabe in Feindbilder – wie US-Imperialismus, die Weißen, die spanischsprechende Oberschicht, die Moslems – kanalisiert. Rechtspopulisten lenkten die Wut auf nicht rational begründbare Sündenböcke, auf ethnische und religiöse Andersartige, Linkspopulisten auf die tatsächlich von der Ungleichheit profitierenden Schichten im In- und Ausland. Gemeinsam ist den populistischen Strategien, dass sie nichts zur Überwindung der ökonomischen Ursachen der Ausgrenzung beitragen konnten. Woraus sich – bei sinkenden Rohstoffpreisen und verringerter Umverteilungskapazität des Staates – der Niedergang des Linkspopulismus in Lateinamerika erklären lässt.

Mit Populismus gegen und für die EZ

Auch die Auseinandersetzung um die Verwendung von Steuergeldern der reichen Länder des Nordens für „Entwicklungshilfe“ ist durch populistische Tendenzen gekennzeichnet. Rechtspopulistische EZ-Kritik mobilisiert die Eigeninteressen der angesprochenen Bevölkerung gegen die Verwendung deutscher Steuergelder für EZ mittels einer Abwertung der Empfänger dieser Gelder. Dies geschieht meist durch Schuldzuweisungen für die Not in den „Entwicklungsländern“ an die betroffenen Gesellschaften: „Die kriegen zu viele Kinder!“, „Damit finanzieren wir nur die Goldenen Betten korrupter Politiker!“, „Die sollen erst mal ihrer Misswirtschaft beenden!“. Populistisch an solchen Argumenten ist nicht die Kritik an mangelnder Familienplanungspolitik oder schlechter Regierungsführung, sondern dass hier eine pauschale Abwertung anderer Völker (Trumps „shithole countries“ sind das jüngste Beispiel hierfür) anstelle einer Benennung der Verursachungszusammenhänge tritt. So werden Ressentiments mobilisiert.

Aber auch Verteidiger der EZ scheuen nicht vor populistischen Parolen zurück, wenn es darum geht, Unterstützung für mehr EZ-Mittel zu mobilisieren. Unter dem Vorzeichen der „Flüchtlingskrise“ hat die Behauptung „EZ = Fluchtursachenbekämpfung“ Konjunktur (Rauch 2017). Seit den Urzeiten der „Entwicklungshilfe“ gilt das Argument „EZ dient unserer Exportindustrie und schafft Arbeitsplätze hierzulande.“ als Klassiker für die Begründung des EZ-Budgets gegenüber weniger altruistischen Bevölkerungsgruppen. Was ist daran nun populistisch, wenn man davon ausgeht, dass jegliche internationale Zusammenarbeit sich auch an einem legitimen Eigeninteresse orientieren muss, um mehrheitsfähig zu sein? Zwei Gründe sprechen für den Populismusverdacht:

Zum einen werden bei einer Betonung kurzfristiger nationaler Eigeninteressen zugunsten von EZ die Ressentiments jener bedient, die grundsätzlich nichts zur Lösung von Problemen anderswo beitragen wollen, womit eine Aufklärung über die Notwendigkeit internationaler Kooperation zur Lösung globaler Probleme im langfristigen gemeinsamen Eigeninteresse verhindert wird. Zum andern werden Wirkungszusammenhänge postuliert, die sich nur durch Zweckentfremdung von EZ-Mitteln zulasten der intendierten Nutznießer (z.B. durch EZ-Finanzierung von Migrationsabwehrmaßnahmen) herstellen lassen. Die Anderen werden bei dieser Spielart des Populismus zwar nicht zum Feind erklärt, aber eben doch zu einem an sich irrelevanten Mittel zum nationalen Zweck degeneriert.

Populismen bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen bzw. neoliberaler Politik

Im Kampf um die „richtige“ Entwicklungspolitik spielen auch wirtschaftliche Interessen eine maßgebliche Rolle. So diente die Durchsetzung neoliberaler Politik durch „Strukturanpassungsprogramme“ zugunsten von Privatisierung und Öffnung von Märkten auch privatwirtschaftlichen Kapitalverwertungsinteressen. Diese erfolgt nicht allein mit Hilfe stark vereinfachender Argumente wie „Niemand kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben!“. Sie bemüht auch Feinbilder: Die innovative, wohlstandsmehrende Kraft des privaten Unternehmertums, des kreativen, hart arbeitenden Mittelstands wird gerne einer ineffektiven und Privatinitiative behindernden staatlichen Bürokratie gegenübergestellt, welche den erarbeiteten Reichtum zugunsten der „Loser“ oder „Sozialschmarotzer“ umverteilt. Beispielhaft hierfür ist die Debatte um die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung. Das internationale Agrobusiness legitimiert seine Expansionsstrategie einer Vollkommerzialisierung und Industrialisierung der kleinbäuerlichen Agrarwirtschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika, indem sie alle nicht der Kapitallogik folgenden Subsistenzbauern, Pastoralisten und Wanderfeldbau Betreibenden zu defizitären, rückständigen Hindernissen für die Welternährung erklärt und sich selbst zum einzigen Garanten einer Welt ohne Hunger deklariert. Die Stigmatisierung der Kleinbauern als jene, die es nicht einmal schaffen, sich selber zu ernähren, impliziert eine Negierung der endogenen Produktivitätspotenziale kleinbäuerlicher Haushalte. Verursacher von Hunger sind gemäß der neoliberalen Erzählung also stets unzureichende Fähigkeiten der Menschen, nicht aber die diese behindernden Absatzmöglichkeiten auf globalisierten Agrarmärkten. Die Dichotomisierung folgt hier dem Schema: „Wir sind die Lösung, die Andern das Problem“.

Linksliberale Ausweichstrategien bei der Suche nach entwicklungspolitischen Antworten auf die sozialen Folgen neoliberaler Globalisierung

Auch hier geht es um Diskurshoheit bei der Auseinandersetzung um die richtige Entwicklungspolitik. Dem linksliberalen Mainstream in der internationalen EZ geht es dabei ähnlich wie vielen Regierungen im Globalen Süden: Man tut sich schwer im Umgang mit den Herausforderungen neoliberaler Globalisierung. Auch auf diesem Feld lässt sich das Phänomen des „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser) diagnostizieren: Ohnmächtig gegenüber der marktradikalen Globalisierung und deren fragmentierenden Konsequenzen wendet sich das linksliberale Lager dem Thema Demokratisierung oder aber überschaubaren Spezialthemen zu, die mit neoliberaler Wirtschaftspolitik kompatibel sind (z.B. Korruptionsbekämpfung) oder nur deren krasse Auswüchse ansprechen (z.B. Landgrabbing, inhumane Arbeitsbedingungen). Einige Beispiele:

- Beim Problemfeld Exklusion wird der Fokus auf Minderheiten (indigene Völker), Gender und andere klar abgrenzbare, artikulationsfähige, solidaritätsgeeignete Bevölkerungsgruppen gerichtet. Die anonymen Massen der Arbeitslosen oder der marginalisierten Kleinbauern bleiben dabei meist ausgeblendet.
- Die stärker im Scheinwerferlicht stehenden Ausbeutungsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Sektors finden mehr Aufmerksamkeit als die Situation der Ausgegrenzten, die gar nicht erst die Chance des Zugangs zu Arbeits- oder Absatzmärkten erhalten. Dabei wird oft übersehen, dass die Lage der Letzteren derart prekär ist, dass sie verzweifelt um die Jobs der Erstgenannten Schlange stehen.
- Die Problematik der Kinderarbeit wird aus dem Gesamtkontext globalisierter Produktionsverhältnisse herausgegriffen. Auch wird sie auf eine Weise verrechtlicht, die den Reproduktionszusammenhang prekärer kleinbäuerlicher Lebenshaltungssysteme außer Acht lässt und das westliche Kindheitskonstrukt städtischer arbeitsteiliger Industriegesellschaften zugrunde legt.

Zu beobachten ist auch eine Fokussierung auf normative Debatten (Menschenrechtsansatz) einhergehend mit einer Ausblendung der realen Verursachungszusammenhänge menschenrechtswidriger Verhältnisse. Wenn aber z.B. die Agroindustrie behaupten kann, durch großbetriebliche Produktion globaler Nahrungsmittelüberschüsse dem Recht auf Nahrung zu dienen, auch wenn sie dabei Einkommensmöglichkeiten nahrungsun gesicherter ländlicher Bevölkerungsgruppen in Afrika vernichtet, dann verliert der bloße Verweis auf das Recht auf Nahrung seine politische Relevanz.

Die linksliberalen entwicklungspolitischen Diskurse sind in ihrer Zielsetzung progressiv und keinesfalls als populistisch einzuordnen. Sie versuchen, orientiert

an den Menschenrechten, die Situation von Unterprivilegierten zu verbessern. Sie weichen jedoch vor der Problematik einer marktradikalen, an Kapitalverwertungsinteressen orientierten ökonomischen Globalisierung zurück, die dazu tendiert, große Teile der Menschheit als Arbeitskräfte überflüssig zu machen und von existenzsichernden Aktivitäten auszuschließen. Sie haben sich von der großen Herausforderung einer sozioökonomischen Inklusion der Marginalisierten verabschiedet, verweisen hilflos auf die Notwendigkeit sozialer Sicherungssysteme – wohl in Ignoranz bzgl. der quantitativen Größenordnung des Problems. Insofern fungieren sie als Türöffner für populistische Reaktionen in den betroffenen Ländern.

Anzumerken ist, dass es sich bei der Skizzierung dieser Tendenzen auf wenigen Zeilen um vereinfachende Narrative handelt. Die einschlägigen Debatten sind komplexer. Doch deren gemeinsames Muster wird hier – hoffentlich – erkennbar.

Linkspopulistische Schemata

Vereinfachende, zugespitzte Aussagen allein rechtfertigen nicht das Etikett Populismus. Hierzu gehören Feindbilder. Beim Linkspopulismus besteht das Feindbildschema generell aus dem Gegensatz Volk versus Eliten. In der Entwicklungspolitik geht es um den Gegensatz zwischen „den ausgebeuteten und marginalisierten Massen in den armen Ländern des Südens“ und den verursachenden Akteuren, wahlweise als „Imperialisten“, „globalisiertes Finanzkapital“, „wir alle in den reichen Ländern des Nordens“, „die Bretton Woods Institutionen“, „die gut verdienenden Entwicklungsexperten“ oder auch „die korrupten Machthaber in den Süd-Ländern“ zusammengefasst. Im internationalen EZ-Diskurs richtet sich die linkspopulistische Ansprache aber nicht an die betroffenen Bevölkerungsgruppen, sondern an die mit diesen sympathisierenden, solidaritätsbereiten zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen. Das eingangs zitierte Beispiel der Aussage „Hunger = Mord“ aus dem Mund eines Bundesministers soll helfen, Wesen, Zweck und Folgen solch mutmaßlich linkspopulistischer Schuldzuweisungsschemata zu erläutern.

Die Aussage geht von der Existenz von Mördern aus, also von absichtsvoll und aus niedrigen Motiven den Hungertod herbeiführenden Akteuren. Ein anonymisierter Vorwurf, eine Anklage gegen die üblichen Verdächtigen wird in den Raum gestellt. Einfach ist die Täteridentifizierung dort, wo der Hungertod bestimmter Bevölkerungsgruppen ein Kriegsziel ist (z.B. Südsudan). Absichtsvoll herbei geführter Hunger erklärt aber nur einen Teil der Hungertoten. Soll also auf den Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelspekulation und reduzierter

Erschwinglichkeit von Nahrung seitens der Armen hinweisen? Oder auf die absichtsvoll herbeigeführte Abhängigkeit von industriell produziertem Saatgut, das häufig nicht rechtzeitig zur Aussaat bei den Bauern ankommt? Oder aber – wie es US-amerikanische Gensaatgut-Lobbyisten tun – auf die Weigerung deutscher EZ, die behaupteten Segnungen genmanipulierter Sorten afrikanischen Bauern zugute kommen zu lassen? Oder sind jene unter uns angesprochen, die Nahrungsmittel wegwerfen? Oder afrikanische Väter, die ihr bescheidenes Einkommen lieber für ein Fernsehgerät ausgeben als für die Ernährung ihrer Kinder? Es gibt viele Wirkungszusammenhänge, die zu hoher Kindersterblichkeit führen und entlang dieser Wirkungsketten viele direkt und indirekt verantwortliche Akteure. Alles Mörder? Der diese – auch von Müller selbst thematisierten (Müller 2017) – komplexen Zusammenhänge vereinfachende Mordvorwurf mobilisiert Emotionen und wechselseitige Schuldzuweisungen, steht aber einer Analyse konkreter Verantwortlichkeiten im Weg.

Die „Hunger = Mord“-These passt in das populäre Schema des Skandalisierens. Skandalisieren kann dem Zweck dienen, durch Zuspitzung aufzurütteln oder aber den Beifall einer empörungsbereiten Gefolgschaft zu ernten, bei der ein skandalöser Tatbestand eine deutliche Schuldzuweisung verlangt. Der Minister hat beides bewirkt: Eine (dem Politikfeld dienliche) hohe Medienpräsenz und eine relativ milde Bewertung seiner Amtszeit seitens der linken entwicklungspolitischen Lobby. Dennoch: Der Populismusvorwurf trifft hier nicht! Der Mordvorwurf entspricht zwar populistischer Feindbildrhetorik, tut dies aber nicht in erniedrigender Weise oder mit anti-pluralistischer Tendenz. Der Feind bleibt anonym. Das ermutigt Verdächtigungen, erlaubt aber kein „wir sind die Gerechten“. Ob aber derartige Skandalisierungen über bloße Empörung hinaus einen rationalen Diskurs über Weg zur Beseitigung des Hungers befördern darf bezweifelt werden.

Fazit

Die unter dem Motto „populistische Tendenzen in der Entwicklungspolitik“ zusammengefassten Sachverhalte sind sehr unterschiedlicher Natur. Dies betrifft die Akteure, die sich Strategien populistischer Ansprache bedienen, deren Adressaten, die Felder wie auch die Sachverhalte:

- Bei der Werbung für und gegen mehr Ressourcen für die EZ wie auch bei der Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen in der EZ werden Ressentiments gegen die Bevölkerung der Partnerländer oder gegen als nicht-entwicklungsfähig stigmatisierte nicht-marktkonforme Akteursgruppen geschürt bzw. bedient.

- Im Umgang mit den sozial exkludierenden Folgen neoliberaler Globalisierung tendieren sowohl Regierungen in den Süd-Ländern als auch humanistisch orientierte marktskeptische linksliberale Akteure in der internationalen EZ zu Ausweichstrategien: Erstere begegnen der Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerungsgruppen mittels einer Kombination von populistischen (ethnisch-nationalistisch-religiösen oder anti-elitären bzw. anti-imperialistischen) Feindbildkonstruktionen und Sozialprogrammen. Letztere fokussieren ihre menschenrechtsorientierten Reformbestrebungen auf Themen wie Demokratisierung und auf populäre, überschaubare Spezialthemen wie die Diskriminierung abgrenzbarer Bevölkerungsgruppen. Beide kapitulieren vor der Problematik sozialer Exklusion mangels ökonomischer Existenzsicherungsmöglichkeiten.
- Beim Umgang mit skandalösen Sachverhalten auf dem Feld der Entwicklungspolitik bedienen Politiker wie auch Kritiker der globalen Ungleichheiten gerne die Empörungsbereitschaft und das verbreitete Bedürfnis nach klar umrissenen Feindbildern. Solch populäre Skandalisierung weckt Aufmerksamkeit, ist aber einer Aufklärung über Verursachungszusammenhänge und Verantwortlichkeiten nicht dienlich.

Alle hier skizzierten Akteure auf dem Feld der Entwicklungspolitik benutzen populäre, grob vereinfachende Narrative, um Diskurshoheit und Unterstützung für ihre Politiken oder Strategien zu erlangen. Nur manche davon aber verdienen es, im Sinne der eingangs formulierten Definition als populistisch klassifiziert zu werden. Dies gilt in Fällen, wo die Feindbildproduktion nicht nur einen anklagenden, sondern auch einen diskriminierenden, herabwürdigenden und anti-pluralistischen Charakter hat. Dies gilt sicher für rassistisch begründete Ablehnung von EZ. In welchem Maße dies bei Modis Hindu-Nationalismus oder bei Lulas linkspopulistischen Tendenzen der Fall ist bzw. war, bedürfte einer vertiefenden empirischen Klärung. Oft handelt es sich nur um Grenzüberschreitungen; so etwa bei der Disqualifizierung kleinbäuerlicher oder pastoraler Produktionsweisen zum Zwecke der kommerziellen Inwertsetzung von deren Ressourcen.

Problematisch an den populistischen oder auch nur populären Tendenzen in Nord und Süd ist, dass ihre dem Kampf um Diskurshoheit oder politische Macht geschuldeten populären Vereinfachungen, Schuldzuweisungen und Opferstigmatisierungen an den Ursachen des Problems einer sozial exkludierenden Globalisierung vorbeigehen. Populäre, emotional aufrüttelnde Vereinfachungen sind ein legitimes, manchmal auch zweckdienliches Instrument, sofern sie Problemsachen auf den Punkt bringen und nicht von diesen ablenken. Eine Schlagzeile wie „Unser Lebensstil führt zu Hungertod“ wäre einem Diskurs über unsere Mitverantwortung wohl dienlicher als die anonyme Anklage „Hunger ist Mord“.

Literatur

- Eribon, Didier 2016: Rückkehr nach Reims. Berlin
- Fraser, Nancy 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: 77-92
- Müller, Gerd 2007: Unfair! Für eine gerechte Globalisierung. Hamburg
- Plagemann, Johannes/Ufen, Andreas 2017: Spielarten des Populismus in Asien. In: GIGA Focus/Asien/Nr. 7
- Prantl, Heribert 2017: Gebrauchsanweisung für Populisten. Wals b. Salzburg
- Stegemann, Bernd 2017: Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie. Berlin

Theo Rauch, Schlosstr. 67a, 14059 Berlin
E-Mail: theorauch@gmx.de



LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

Aktuelle Berichte,
Reportagen,
Kommentare und
Interviews zu Politik,
Gesellschaft und
Kultur

**Immer auf dem
Laufenden über das
aktuelle Geschehen in
Lateinamerika**

PROBEABO
// 3 Monate lesen für 10 Euro
// endet automatisch

// solidarisch // kritisch // unabhängig

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
www.lateinamerika-nachrichten.de